

OstEuropa

НЕПРИКОСОВЕННЫЙ ЗАПАД

... und 48 weitere Zeitschriften aus 32 Ländern



EUROZINE – www.eurozine.com

Iris Kempe

Eine neue Ostpolitik

Europas Antwort auf die Regenbogenrevolutionen

Die Regenbogenrevolutionen in der Ukraine und Georgien haben sich an westlichen Werten orientiert. Eine erfolgreiche Transformation in diesen Staaten hängt auch von deren Einbindung in den westlichen Integrationsraum ab. Mit der Nachbarschaftspolitik hat die Europäische Union auf den Handlungsdruck reagiert. Doch derzeit befindet sich die Europäische Union in einer Integrationskrise. Gleichzeitig ist der Kreml mit seiner Strategie gescheitert, den postsowjetischen Raum durch Abhängigkeit und personelle Netzwerke zu integrieren. Eine „neue Ostpolitik“ ist gefordert, um den überlappenden Integrationsraum zwischen Rußland und dem Westen zu gestalten.

Die Regenbogenrevolutionen in Georgien, der Ukraine und in Kirgizstan haben sich an europäischen Werten und Normen orientiert.¹ In der Ukraine waren die Forderungen nach freien und fairen Wahlen auch mit dem Wunsch verbunden, der Europäischen Union beizutreten. Ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die EU damit erneut unter Handlungsdruck geraten. Gleichzeitig ist jedoch die EU in eine tiefe Krise geraten. Die beiden erfolglosen Referenden über die europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden verdeutlichen die Schwierigkeiten, die EU zu erweitern und die Integration zu vertiefen. Bisher garantierte die Europäische Union Sicherheit und Stabilität über ihre Grenzen hinaus, in dem sie eine Aufnahme der Anrainerstaaten in Aussicht stellte. Die Assoziation und der spätere Beitritt wurden zu einer gesamteuropäischen Erfolgsgeschichte. Alternativen waren und sind nicht in Sicht.

Die gegenwärtige demokratische Dynamik auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion und der Rückschlag für das europäische Verfassungsprojekt bedeuten neue Herausforderungen für alle europäischen Staaten. Die Erwartungen der osteuropäischen Staaten an die EU haben sich verändert, gleichzeitig geben sie neue Impulse, kämpfen aber auch mit neuen und alten Problemen.

¹ Iris Kempe (1968), Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Centrum für angewandte Politikforschung der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Projekt: Direkte Nachbarschaft – Rußland, Belarus, Ukraine, Moldova und die EU

² Ein offizieller Kanon europäischer Werte findet sich im Entwurf für eine Verfassung für Europa, Teil I, Titel I, Art.2: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet.“ <<http://european-convention.eu.int/DraftTreaty.asp?lang=DE>>

Welche Konzepte hat die Europäische Union zur Gestaltung ihrer Nachbarschaftsbeziehungen, sind sie angesichts der neuen Situation noch adäquat? Welche Chancen bieten diese Konzepte, wo sind ihre Grenzen? Welche Alternativen gibt es für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten?

Osteuropa als neue europäische Herausforderung

Westliche Beobachter und Politiker hatten frühzeitig erkannt, wie wichtig die für Herbst 2004 angesetzten ukrainischen Präsidentschaftswahlen sein würden. Anders Aslund beurteilte im Frühjahr 2003 termingerechte und demokratische Wahlen, die sich an westlichen Standards orientieren, als eine Voraussetzung für den weiteren Reformverlauf in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.² Madeleine Albright, Richard Holbrooke, Jan Katchick und Marek Brzezinski warteten die politische Führung in Kiew, daß über die Chancen für eine Aufnahme der Ukraine in EU und NATO im Herbst 2004 in den Wahllokalen entschieden werde.³ Im Dezember 2004 stimmte die ukrainische Bevölkerung erstmals in freien und fairen Wahlen für einen Präsidenten des demokratischen Lagers ab. Die Wahl Viktor Juščenkos war Ergebnis der Orangen Revolution, in der die demokratische Opposition – getragen von der Zivilgesellschaft – wochenlang auf den Straßen Kiëvs und andersorts für die Einhaltung europäischer Werte und Normen gekämpft hatte.⁴ Damit hat die Ukraine wichtige Forderungen der EU-Hauptstädte erfüllt. Dennoch hat Brüssel bisher nicht wie von Kiew erhofft, Bereitschaft zur Aufnahme der Ukraine in die EU signalisiert. Dennoch haben Präsident Juščenko ebenso wie seine mittlerweile entlassene Ministerpräsidentin Julia Timošenko an ihrem Ziel eines EU-Beitritts festgehalten. Bereits während der Amtszeit von Präsident Kuchma war die „europäische Wahl“ zwar ein deklariertes Ziel. Es mangelte jedoch an einer innenpolitischen Unterfütterung. Auch außenpolitisch lavierte Kuchma ungeachtet der anders lautenden Rhetorik zwischen der Rußländischen Föderation und dem Westen. Dies hat sich seit dem Regierungswechsel grundlegend verändert. Unter dem Diktum der „europäischen Wahl“ wird nun die außenpolitische Orientierung auf die EU mit den notwendigen inneren Reformen verbunden. Dies zeigt sich etwa an der Strategie zur Integration der Ukraine in die EU, die Präsident Juščenko erlassen hat.⁵ Darüber hinaus hat die Ukraine den gemeinsamen Aktionsplan im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik zugestimmt und einen Maßnahmenkatalog für eine zielgerichtete Implementierung im Verlaufe eines Jahres verabschiedet.⁶ Schließlich kommt das Ziel der EU-Integration auch im Aufbau der Regierung zum Ausdruck: Unter Timošenko war Oleh Rybakuk als stellvertretender Premierminister zuständig für die EU-Integration. Ein Zeichen setzte Präsident Juščenko mit der einseitigen Aufhebung der Visumsbestim-

mungen für Bürger der Europäischen Union, der Schweiz und Lichtenstein. Anlaß für diese Erleichterung der Einreise in und des Transits durch die Ukraine war zunächst der *Eurovision Song Contest* in Kiew, die Visumsbefreiung war denn auch auf den Zeitraum vom 1. Mai bis zum 1. September 2005 befristet. Ende Juli 2005 hob Juščenko die Befristung jedoch auf. EU-Bürger und seit Juli 2005 auch US-Bürger dürfen nun visumsfrei in die Ukraine einreisen und sich dort für 90 Tage in sechs Monaten aufhalten.⁷

Die politischen und die wirtschaftlichen Reformen haben bislang keine ähnlich scharfen Konturen gewonnen wie die außenpolitische Orientierung des Landes. Als Erfolg sind der freie und faire wiederholte zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. Dezember 2004 und die Gewährleistung der Medienfreiheit zu werten. Damit verbunden war ein bislang ungekanntes Engagement der Zivilgesellschaft.⁸ Hingegen ist insbesondere der wirtschaftliche Reformkurs unklar und zum Teil widersprüchlich. Eine der größten Herausforderungen stellt die Reform der öffentlichen Monopole und die Privatisierung von Staatsunternehmen wie etwa der *Ukrtelekom*, *Ukropron*, *Ukreximbank* dar. Die Überprüfung von bereits privatisierten Schlüsselunternehmen ist erneut in das Visier der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit geraten. Während Premierministerin Julia Timošenko für Elemente einer staatlich gelenkten Wirtschaft votierte, orientiert sich Präsident Juščenko an Leitlinien einer liberalen Wirtschaftspolitik. So schlug Timošenko zunächst vor, die Privatisierung von rund 3000 Betrieben zu überprüfen, um sie gegebenenfalls rückgängig zu machen. Juščenko sprach dagegen nur von der Reprivatisierung von 30 Unternehmen, vor allem aus der Metallindustrie, deren Privatisierung intransparent verlaufen war.⁹ Der Konflikt zwischen den beiden Flügeln des ehemaligen Oppositionslagers hat mittlerweile mit der Entlassung der Premierministerin Anfang September 2005 einen Höhepunkt erreicht.¹⁰

Die Regulierung dieses Konflikts ist die Voraussetzung für die Bewältigung einer langen Reihe von Aufgaben, denen sich die Ukraine stellen muß. Die Korruption muß eingedämmt werden, eine Verfassungsreform ist geplant, die das Parlament und die Regierung gegenüber dem Präsidenten stärken und den Regionen mehr Kompetenzen verleihen soll. Verschärft wird die Situation durch den erheblichen Zeitdruck, unter dem die Ukraine steht. Die vorgezogenen Parlamentswahlen finden bereits im März 2006 statt, schon im Herbst 2005 wird der Wahlkampf beginnen. Im Jahre 2006 sollen jedoch bereits die Verhandlungen über einen WTO-Beitritt der Ukraine erfolgreich abgeschlossen sein.

Ohne Unterstützung der Bevölkerung sind Reformen nicht durchführbar. Das erschwert die Situation, da die Reformen zunächst teilweise zu Einbußen im Lebensstandard führen können. Den schwierigen Transformationsweg, den die Ukraine zu durchschreiten hat, will sie von der Rußländischen Föderation unabhängiger werden und sich stärker nach Westen ausrichten, erfordert eine klare EU-Perspektive. Bisher

² Anders Aslund: *Left Behind. Ukraine's Uncertain Transformation*, in: *The National Interest*, Fall 2003, S. 107–116.

³ Madeleine K. Albright: *How to help Ukraine to vote*, in: *The New York Times*, 8.3.2004. – Richard Holbrooke, Jan Katchicki, Marek Brzezinski: *Ukraine – U.S. relations hinge on fall elections*, in: *The Detroit Free Press*, September 2004.

⁴ Mykola Riabuk: *Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpresserstaat reformierbar?* In: *OSTEUROPA*, 1/2005, S. 4–15. – Iris Kempe, Helmut Kurth (Hg.): *Presidential Election and Orange Revolution. Implications for Ukraine's Transition*, Kiev 2005.

⁵ <www.rfa.gov.ua/integration>.

⁶ *Measures to Implement Ukraine-EU action Plan in 2005. The Cabinet of Ministries of Ukraine*, Decision No. 117-r, April 22, 2005 (adopted).

⁷ *Ukaz prezidenta Ukrainy No 1131/2005 „O wvedenni bezvizovogo režima dlja graždan gosudarstv-stenov Evropejskogo Sojuza, Svejcarskoj Kontfederacii i Knjžestva Lichtenštejn, 26 jultja 2005 goda*.

⁸ Oksandr Sushko: *Ukraine, in: Nations in Transit 2005*, <www.freedomhouse.org/research/natranst.htm>.

⁹ Juri Durtok: *Der domige Weg zur Demokratie. Die ersten 100 Tage der neuen ukrainischen Regierung: Bescheidene Erfolge und schwierige Probleme*, in: *KAS/Auslandsinformationen*, 6/2005, S. 15–33.

¹⁰ Moritz Schularick: *Ukraine. Der weite Weg nach Westen*, in: *Deutsche Bank Research*, 31/9/2005, 21.4.2005.

bleibt die Ukrainepolitik der Europäischen Union aber hinter den Hoffnungen Kiews auf eine Beitrittsperspektive zurück. Wie bei keinem anderen Anrainer zeigen die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine die Leistungsfähigkeit, aber auch die Grenzen der europäischen Nachbarschaftspolitik.

Moldova: Westorientierung und europäischer Krisenherd

Ähnlich wie bei den Regenbogerevolutionen in anderen postsowjetischen Staaten standen die Parlamentswahlen am 6. März 2005 in Moldova im Zeichen der Beziehungen Moldovas zu Rußland und dem Westen. Da in Moldova der Präsident nicht direkt vom Volk, sondern vom Parlament gewählt wird, entschied die Wahl auch über die Zukunft des amtierenden Präsidenten Vladimir Varonin. Obwohl Varonin für die *Kommunistische Partei* kandidiert, ist ihm die Westorientierung des Landes wichtiger als die Bewahrung des Erbes der Sowjetunion. So wab Varonin für die „europäische Wahl“, eine Assoziation mit der EU und die Abgrenzung von Rußland.¹¹

Ähnlich wie in der Ukraine versuchte der Kremel, auch die Wahlen in Moldova zu beeinflussen. Rußland hat aus politischen und wirtschaftlichen Gründen vor allem ein Interesse daran, in der Lösung der Transnistrienfrage ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Um das politische Geschehen in Chişinău zu beeinflussen, drohte Moskau mit wirtschaftlichen Sanktionen, setzte auf die russischsprachige Bevölkerung und wollte eine große Schar von Wahlbeobachtern entsenden.¹² Die rußländische Wahlbeobachtung scheiterte aber an der Weigerung der Regierung Moldovas, die selbstklärten, nicht zugelassenen Beobachter einreisen zu lassen.¹³ Nach dem Wahlsieg der *Kommunistischen Partei* konnte sich Varonin in parteiinternen Machtkämpfen durchsetzen und wurde vom Parlament erneut zum Präsidenten gewählt. Daher bleiben die Westorientierung des Landes und die Abwendung von Rußland auf der Tagesordnung.

Im Unterschied zur Orangenen Revolution in der Ukraine führten die Parlamentswahlen nicht zu einem Regimewechsel und standen weniger im Licht der internationalen Aufmerksamkeit. Dementsprechend ist bei der politischen Führung in Chişinău der Eindruck weniger stark ausgeprägt, von der europäischen Integration ausgeschlossen zu sein. Obwohl die EU dem Land keine Beitrittsperspektive angeboten hat, wird der Aktionsplan der EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik als Fortschritt in den bilateralen Beziehungen bewertet. Hauptproblem bleibt die Lösung des Transnistrienkonflikts.

Das östlich des Dnestr gelegene Gebiet mit mehrheitlich russischer und ukrainischer Bevölkerung hat sich nach der Auflösung der Sowjetunion von dem historisch und sprachlich überwiegend rumänisch geprägten Kernland Moldovas abgespalten. Seit der gewaltsamen Eskalation 1992 versucht die politische Führung in Transnistrien, quasi-staatliche Strukturen zu etablieren.¹⁴ Mit der selbstklärten Autonomie ist eine lange Liste von Sicherheitsrisiken wie illegaler Waffenhandel, Schmuggel über die nur schwer kontrollierbaren Grenzen und die militärische Präsenz Moskaus verbunden.

¹¹ Annei Ute Gabanyi: Die Perspektive einer Perspektive. Moldova und die Neue Nachbarschaftspolitik der EU, in: OSTRUROPA, 2/2005, S. 15–39.

¹² Vladimir Socor: Russian Political Campaign to influence Moldova's election, in: Eurasia Daily Monitor, 2.3.2005.

¹³ Statement of Preliminary Findings and Conclusions, Parliamentary Election, Republic of Moldova, 6 March 2004, International Election Observation Mission, S. 10f.

¹⁴ Stefan Troebst: Staatlichkeitsskult im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien, in: OSTRUROPA, 7/2003, S. 963–983.

Schon wegen der geographischen Nähe zur EU engagiert sich Brüssel, um eine Regulierung des Konflikts zu bewirken. Nach seiner Wiederwahl bemühte sich auch Varonin um einen neuen Ansatz zur Konfliktlösung. Im April 2005 stellte auch der neue ukrainische Präsident Viktor Juşenko einen neuen Friedensplan vor. Angesichts der gemeinsamen Grenze mit Transnistrien hat die Ukraine ein besonderes Interesse an der Entwicklung in dieser Region. Zudem präsentierte sich Juşenko als Verfechter europäischer Sicherheitsinteressen. Der Plan klammert sensible Aspekte wie die Statusfrage oder den Abzug der rußländischen Truppen aus der Region zunächst aus.¹⁵ Im Kern strebt er freie und faire Wahlen zum Obersten Sowjet Transnistriens an, die bis Ende 2005 unter Aufsicht der EU, der OSZE, Rußlands und der USA abgehalten werden sollen. Rußland reagierte allerdings ablehnend, da dies aus Sicht des Kremels bedeuten würde, daß sich die USA und die EU in die Politik Transnistriens einschalten, während sich Moskaus Einfluß auf seine Rolle in der OSZE beschränken würde. Der Kremel hätte nur noch begrenzt Möglichkeiten, die Wahlen „zu kontrollieren“.¹⁶ In Washington, Brüssel und Chişinău wurde der Plan dagegen positiv aufgenommen, so daß ungeachtet der Bedenken Moskaus das regionale Krisenmanagement wiederbelebt wurde.

Belarus: Eine autokratische Insel im Herzen Europas

Wie auch schon 1996 ließ der belarussische Präsident Aliaksander Lukasënka parallel zu den Parlamentswahlen am 17. Oktober 2004 per Referendum über eine Verfassungsänderung abstimmen, die ihm eine weitere Amtszeit erlauben sollte. Laut amtlichen Angaben wurde das Referendum mit 86,2 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen. Die Wahlen vertiefen jedoch alles andere als frei und fair.¹⁷ Nach dem Referendum verschärfte das Lukasënka-Regime die Repressionen gegen die demokratische Opposition, die unabhängigen Medien und den privaten Sektor. Immer entschiedener versucht Lukasënka, jeden Kontakt der belarussischen Opposition mit Aktivisten der Orangenen Revolution in der Ukraine und Vertretern der osteuropäischen Staaten zu unterbinden. Hochrangige Regierungsvertreter wie der Leiter der Präsidialadministration, der oberste Staatsanwalt oder die Minister dürfen nur noch nach Genehmigung Lukasënkas und auch nicht länger als zwei Tage ins Ausland reisen. Da die belarussischen Behörden sich weigern, den Ende Juli 2005 gewählten Vorsitzenden der *Union der polnischen Minderheit* in Belarus anzuerkennen, haben die polnisch-belarussischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt erreicht. Zur Lösung des Konfliktes versucht Warschau das Problem zu europäisieren und die EU einzuschalten.

Mit all diesen Mitteln versucht Lukasënka, demokratische Alternativen und internationale Kontakte im Keim zu ersticken. Bereits heute, weit vor den für 2006 geplanten belarussischen Präsidentschaftswahlen, versucht Lukasënka, Spitzenpolitiker der Opposition auszuschalten. Eines der prominenten Opfer ist Mikola Statkëvič, der zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, weil er zu Protest gegen das Referendum aufrief. Auch der ehemalige Außenhandelsminister und Botschafter Michail Marynič

¹⁵ Alexej Makarin: Juschtenkos Plan und Kosaks Plan für Transnistrien-Regelung, in: RIA Nowosti, 17.6.2005.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ RFE/RL Belarus and Ukraine Report, 20.10.2004. – Detailliert zu den Wahlen und dem Referendum: Astrid Sahn: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Belarus weiter auf Isolationskurs? In: OSTRUROPA, 1/2005, S. 77–90.

wurde zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, da er angeblich bei der Firma *Delavaja Inžinjerna* Büroausstattung gestohlen habe.¹⁸

Auf der einen Seite hat das Regime die repressiven Maßnahmen gegen jedwede Opposition derart verschärft, daß die Freiräume für eine demokratische Alternative und die Orientierung auf die EU immer enger werden. Auf der anderen Seite ist aber auch die belarussische Opposition politisch zu schwach, als daß sie eine wirkliche Alternative zu dem Lukaschka-Regime anbieten und umsetzen könnte. Die Liste der Kandidaten, die zu den Präsidentschaftswahlen antreten wollen, ist so lang, daß sie ein breites Zeugnis der Zersplitterung der Opposition ist. Alle Oppositionskandidaten orientieren sich in der einen oder anderen Form an europäischen Werten. Dabei spielen sowohl die Regenbogenrevolutionen in den postsowjetischen Staaten als auch das Interesse der Bevölkerung, der EU beizutreten, eine Rolle.

Laut einer Meinungsumfrage des mittlerweile vom Regime geschlossenen *Instituts für sozioökonomische und politische Forschungen* (NISPF) befrworteten im Mai 2005 47 Prozent der Belarussen einen Beitritt des Landes zur EU.¹⁹ Dieses Ergebnis darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Image der EU in Belarus sehr ambivalent ist. In der öffentlichen Meinung wird die EU zwar als wichtige Organisation in unmittelbarer Nachbarschaft wahrgenommen. Doch ist nicht zuletzt aufgrund der rigiden Visumsbestimmungen für die Einreise in die EU die Ansicht, Belarus werde zurückgewiesen und isoliert, verbreitet. Zudem herrschen Zweifel, ob die Kooperation mit der EU dem Land wirklich nutzt. Ein ausgewogenes Bild von der EU wird sowohl von Lukaschkas antwestlicher Propaganda als auch durch die geringe Präsenz der EU in Belarus verhindert. Solange Isolation und Selbstisolation intensivere bilaterale Beziehungen zwischen Belarus und der EU verhindern, bleiben Potentiale für eine stärkere Orientierung auf die EU, wie etwa die geographische Nähe, das hohe Bildungsniveau der Bevölkerung sowie der ökonomische Entwicklungsstand, ungenutzt.

Rußland als Global Player und Nachbarstaat

Die Beziehungen zwischen Rußland und der EU sind von einer Vielzahl offener strategischer Fragen, gemeinsamer und gegensätzlicher Interessen geprägt. Am weitesten ist die energiewirtschaftliche Kooperation im Rahmen der Energiepartnerschaft gediehen. Im Jahr 2002 gingen 53 Prozent des gesamten rußländischen Ölexport und 62 des Gasexports in die EU. Damit deckte die EU im Jahr 2002 21 Prozent ihres Gasverbrauchs und 16 Prozent ihres Ölbedarfs aus Rußland.²⁰ Obwohl der Energieverbrauch der EU steigen wird, könne nach Einschätzungen amerikanischer und europäischer Energiebehörden der Anteil der Gaslieferungen aus Rußland in eine EU mit bis zu 30 Mitgliedstaaten bis 2020 prozentual abnehmen.²¹ Alternative Gaslieferanten sind Algerien, Libyen, Ägypten, Iran, Irak sowie die Länder Zentralasiens. Ähnliches gilt für Öl. Dessen ungeachtet bleiben die Energiebeziehungen die tragende Säule der Interessengemeinschaft zwischen der EU und Rußland. Weitere Interessensüberschneidungen ergeben sich

¹⁸ Aleh Hruz dзіlovіč. Kudy padzelsija 90 tysjač daljaraŭ Michaila Marynič? Radzë Svoboda Minsk, 26.8.2005. <www.svoboda.org>

¹⁹ Poll says Nearly half of the Belarussians want to join the EU, in: RFE/RL NEWSLINE Vol. 9, No. 109, Part II, 9 June 2005.

²⁰ Pekka Sirela: EU, Russia and Common Economic Space, in: BOFIT Online, 3/2005, S. 14ff.
²¹ Roland Gätz: Rußlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas. Berlin 2004 [= SWP-Studie 6/2004], S. 11ff.

beim Kampf gegen den Terrorismus sowie bei der Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit. Das weite Feld der gemeinsamen Interessen verleitet Beobachter und politische Entscheidungsträger – unter ihnen Bundeskanzler Schröder oder der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi – dazu, eine rein auf gemeinsamen Interessen basierende Partnerschaft mit der rußländischen Föderation zu proklamieren.²²

Jenseits der genannten Gemeinsamkeiten bleiben die Vorstellungen der rußländischen Föderation von den bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union jedoch diffus. Zwar diskutiert man in Rußland seit Gorbačëvs Diktum vom „Gemeinsamen Europäischen Haus“ intensiv über „Europa“. Bisher haben aber weder die politische Führung des Landes noch die Moskauer Denkfabriken nachdrücklich die Absicht eines rußländischen EU-Beitritts formuliert. Zur Osterweiterung der EU nahm der Krenml zunächst eine positive bis abwartende Haltung ein. Als der Beitritt der ehemaligen oszmitteleuropäischen Bündnispartner dann aber politische Realität wurde, versuchte Moskau zunehmend, ein Mitspracherecht zu erhalten, Einfluß auf die Erweiterung zu nehmen, um vermeintliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Rußlands abzuwenden. Moskau verlangte von der EU, daß sie Rußland als gleichberechtigten Akteur betrachte und dehnte das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das Rahmenabkommen zwischen der EU und Rußland, nur mit großer Zurückhaltung und nach zähen Verhandlungen auf die neuen Mitgliedsstaaten der EU aus. In den Verhandlungen machte der Krenml geltend, wirtschaftliche Interessen Rußlands würden beeinträchtigt und Minderheitenrechte, insbesondere der russischsprachigen Bevölkerung in den baltischen Staaten verletzt. Ein weiteres Hindernis stellte das Kaliningradproblem dar. Schließlich verkündete Moskau auch ganz offen Hegemoniansprüche in Ostmitteleuropa und insbesondere im Baltikum. Eine institutionelle Annäherung an die Europäische Union schloß die rußländische Regierung aus.

Nach dem Abschluß der EU-Osterweiterung zeigten sich dann aber erste Anzeichen eines Umdenkens bei der außenpolitischen Elite Rußlands. Der stark deklaratorische und wenig realitätsnahe Charakter der bilateralen Gipfeldiplomatie zwischen der EU und Rußland geriet nun auch in Moskau in die Kritik.²³ Unter Federführung von Sergei Karaganov veranstaltete die Zeitschrift *Rossija v Global'noj Politike* eine Expertendebatte zu den Beziehungen zwischen der EU und Rußland. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, daß – entgegen dem derzeitigen politischen Kurs – Rußland in den kommenden 15 bis 20 Jahren einen Beitritt zur EU anstreben sollte. Nur so habe Moskau die Möglichkeit, die Kooperation auszubauen und die normativen Grundlagen der Zusammenarbeit zu beeinflussen.²⁴ Allerdings würde ein Beitritt Rußlands zur EU nicht nur Brüssel vor grundlegend neue integrationspolitische Herausforderungen stellen, sondern auch weit über die derzeitige Interessengemeinschaft hinaus die Frage gemeinsamer Werte berühren. Denn dann würde Rußland nicht nur von Politikfeld zu Politikfeld Details der Kooperation aushandeln, sondern würde mit erheblichem Stimmgewicht die Politik der EU selbst mitbestimmen.

Gegenwärtig weist die politische Entwicklung in Rußland jedoch in eine ganz andere Richtung. Die zweite Amtsperiode Vladimir Putins ist geprägt von der Rezentralisierung des Staates. Im Dezember 2004 stimmte die Duma der von Präsident Putin initi-

²² Katinka Barysch: The EU and Russia. Strategic partners or squabbling neighbours? Center for European Reform. London, May 2004. – Rolf E. Schuette: EU-Russia Relations: Interests and Values. A European Perspective. Carnegie Papers, 54/2004.

²³ Dorozhnye kary, veduščje v nikuda, in: Nezavisimaja gazeta, 24.5.2005.

²⁴ Evropejskaja strategija Rossii: novyj start, in: Rossija v global'noj politike, 2/2005, S. 172–184.